

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Die Verpackungssteuer muss jetzt endlich kommen

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung) vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Verpackungssteuer orientiert sich am Urteil des Bundesverfassungsgerichts.
3. Die Verwaltung führt parallel Gespräche mit der City Initiative Stuttgart (CIS), wie die Müllmengen durch Mehrweggeschirr reduziert werden könnten.
4. Die Verwaltung berichtet vor den Pfingstferien im Ausschuss für Klima und Umwelt.

Begründung:

Angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit Beschluss vom 27. November 2024, der am 22. Januar 2025 veröffentlicht wurde, steht der rechtssicheren Einführung der Verpackungssteuer in Stuttgart nichts mehr im Wege.

In Anlehnung an unseren interfraktionellen Antrag Nr. 208/2023 vom 12.07.2023 greifen wir dieses Thema jetzt erneut auf. Was Tübingen erfochten hat, Konstanz und Heidelberg können, sollte auch in Stuttgart gelingen.

Jede Maßnahme, die die Müllmengen unserer Stadt verringert, tut dem Image der Stadt gut und schont das Klima. Wie können hier nicht einseitig immer mehr Müllbehälter und mehr Personal auf Seiten der Stadtreinigung einsetzen, ohne an der anderen Stellschraube – der Müllreduzierung – tätig zu sein. Große Müllmengen und hohe Reinigungsgebühren belasten zudem die Innenstadt. Weniger Müll kann somit auch die Anrainer der Innenstadt und den Einzelhandel bei Müllgebühren entlasten. Die – jetzt rechtsicher machbare – Verpackungssteuer ist hier eine sehr wichtige Maßnahme, um der Vermüllung in der Citylage entgegenzutreten.

Dazu bedarf es auch der Gespräche mit der City Initiative Stuttgart (CIS). Wir sehen hier auch den Bedarf, das Thema Mehrweggeschirr anzugehen, das wir mit unserem Antrag Nr. 336/2021 „Mehrweg-Geschirrsystem jetzt auf den Weg bringen“ bereits eingebracht haben. Mehrweggeschirr im größeren Stil in Stuttgart voranzubringen, auch in Fastfood-Ketten, würde die Müllberge stark reduzieren. Damit die Stuttgarter Gastronomie den Umstieg schafft, sehen wir die Stadt in der Pflicht, hier tatkräftig zu unterstützen. Das macht nicht nur für die Umwelt Sinn. Immerhin gilt seit Dezember 2020 das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, dessen § 6 mit Abfallhierarchie betitelt ist

und besagt: „An erster Stelle steht die Abfallvermeidung, an zweiter Stelle die Vorbereitung der Wiederverwendung.“ Und seit 2023 gilt, dass Gastrobetriebe ihren Kund*innen Essen immer auch in Mehrwegbehältnissen anbieten müssen. Eine Verpackungssteuer fördert auch den Weg hin zu mehr Mehrweggeschirr.

Gez.

Gabriele Munk, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage/n

Keine